

Stoppt den Krieg!

Kundgebung:
Samstag
1. April
13 Uhr
Hermannplatz

Russische Truppen
raus aus der
Ukraine!

Eskalation
beenden:
Verhandeln statt
Waffenlieferungen!



DIE LINKE.
NEUKÖLLN

Aufruf zur Friedenskundgebung am
1. April 2023, um 13 Uhr auf dem
Hermannplatz in Berlin-Neukölln

Stoppt den Krieg! Russische Truppen raus aus der Ukraine – Eskalation beenden: Verhandeln statt Waffenlieferungen!

Seit mehr als einem Jahr bombardiert die russische Armee Dörfer und Städte in der Ukraine, Millionen Menschen mussten aus ihrer Heimat fliehen, weiterhin sterben jeden Tag hunderte Männer auf dem Schlachtfeld. Je länger dieser Krieg dauert, desto größer wird die Gefahr einer weiteren Eskalation bis hin zum Einsatz von Atomwaffen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für einen Waffenstillstand und für die friedliche Beilegung des Krieges einzusetzen, anstatt immer mehr Waffen zu liefern!

Wir fordern die Bundesregierung auf, Aufrüstung und Militarisierung hierzulande zu stoppen und die vielen Milliarden Euro in Gesundheit, Bildung und Klimaschutz zu investieren!

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für einen Schuldenschnitt für die Ukraine einzusetzen und den Wiederaufbau durch humanitäre und wirtschaftliche Hilfsprogramme zu unterstützen!

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für den Schutz aller Deserteure und Kriegsdienstverweigerer einzusetzen und allen Geflüchteten bedingungsloses Bleiberecht zu gewähren!

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig. Er birgt die Gefahr eines globalen Flächenbrandes und eines atomaren Krieges. Der Krieg muss beendet werden. Es gibt keine Alternative zum Frieden. Die russischen Truppen müssen unverzüglich abziehen. Deeskalation ist das Gebot der Stunde. Rüstungsexporte und Waffenlieferungen lehnen wir ab. Sie verlängern den Krieg, während eine politische Lösung in weite Ferne rückt. Eine Lösung dieses Krieges ist nur am Verhandlungstisch möglich.

Dieser Krieg ist nicht nur ein Krieg Russlands gegen die Ukraine, er ist auch ein Krieg um die Ukraine, nämlich ein Machtkampf zwischen der NATO (USA und EU) auf der einen und Russland auf der anderen Seite. Russland ist in diesem Krieg der Aggressor. Zur Vorgeschichte des Krieges gehört aber auch, dass die NATO

seit Jahren auf eine Politik der militärischen Eskalation an den NATO-Ostgrenzen setzt und damit eine Verschärfung des Konfliktes in Kauf genommen hat. Dieser Krieg verdeutlicht, dass der Kampf um Einflussphären schon heute militärisch geführt und sich zukünftig weiter verschärfen wird. Diese Entwicklungen werden durch viele Medien verharmlost, Kritiker:innen nicht ernst genommen.

Wir stehen weder auf der Seite Russlands noch auf der Seite der NATO. Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand leisten oder flüchten müssen. Wir sind mit denen solidarisch, die sich durch Kriegsdienstverweigerung, Desertion und Flucht dem Krieg entziehen und ihr Leben schützen wollen, die weitweit unter Krieg und Verfolgung leiden – ihnen muss sofort Asyl und Bleiberecht gewährt werden. Wir unterstützen die ukrainische Bevölkerung in ihrem Widerstand gegen die Invasion und Fremdherrschaft.

Wir unterstützen die ukrainischen Gewerkschaften in ihrem Kampf gegen den Abbau ihrer Arbeits- und sozialen Rechte.

Die Bundesregierung betreibt ein gigantisches Aufrüstungsprogramm, von dem vor allem die Rüstungskonzerne profitieren. Damit ist weder den Menschen in der Ukraine geholfen, noch werden damit Frieden und Sicherheit geschaffen. Dringende Maßnahmen im Kampf gegen die Klimakatastrophe und die

Krise der sozialen Daseinsvorsorge werden verschleppt.

Die Kämpfe gegen Krieg und Klimawandel gehören zusammen: Kriege sind eine ökologische Katastrophe. Die Militär- und Rüstungsindustrie gehört zu den Hauptverursachern von Umweltkatastrophen und CO₂-Emissionen. Wir unterstützen die Kämpfe gegen die systematische Zerstörung des Planeten weltweit. Statt 100 Milliarden Euro für Militär und Aufrüstung fordern wir sozial-ökologische Energiesicherheit.

Wir fordern endlich ein besser aus-finanziertes Gesundheitssystem.

Kurz: Wir fordern eine zivile Gesellschaft statt einer Aufrüstungsspirale! Wir kämpfen für das bedingungslose Bleiberecht für alle Geflüchteten und gegen die herrschende Politik der Hierarchisierung Geflüchteter in erster und zweiter Klasse. Das bedeutet auch: Mit AfD und anderen Neonazis gibt es keinen Frieden. Sie stehen in der Tradition des deutschen Militarismus und Hitlerfaschismus. Sie sind schädlich für die Verbreiterung und den Aufbau der Friedens- und Antikriegsbewegung. Frieden geht für uns nur antirassistisch und internationalistisch.